



15. Februar 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Diese Woche im Deutschen Bundestag: Das Starke-Familien-Gesetz**
- **Grundrente für die Lebensleistung**
- **Hessengipfel der SPD**
- **Der Sozialstaat der Zukunft**
- **Rechte der Mieterinnen und Mieter gestärkt**

Diese Woche im Deutschen Bundestag

Wir wollen, dass alle Kinder in Deutschland unbeschwert aufwachsen und erfolgreich lernen können. Deshalb wollen wir mit dem **Starke-Familien-Gesetz**, das wir diese Woche in erster Lesung beraten haben, gezielt Familien mit kleinen Einkommen unterstützen.

Wir wollen den **Kinderzuschlag** so erhöhen, dass er zusammen mit dem Kindergeld und den Leistungen für Bildung und Teilhabe das Existenzminimum der Kinder sichert.

Wir wollen, dass es sich auch für Eltern, die Kinderzuschlag bekommen, lohnt, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Es darf keine Familie mehr aus dem Kinderzuschlag herausfallen, wenn die Eltern nur etwas mehr verdienen.



Das soll in zwei Schritten geschehen:

Im Juli 2019 wollen wir den Höchstbetrag für jedes Kind zunächst von bisher 170 Euro auf 185 Euro monatlich anheben. Das „Schulstarterpaket“ soll von 100 Euro auf 150 Euro steigen.

Zusammen mit den Bildungs- und Teilhabeleistungen und dem Kindergeld erhalten Eltern dann bis zu 408 Euro pro Monat für ein Kind.

In einem zweiten Schritt soll ab dem 1. Januar 2021 der Höchstbetrag entsprechend dem festgestellten Existenzminimum dynamisiert werden.

So sorgen wir mit einem neugestalteten Kinderzuschlag dafür, dass deutlich mehr Eltern zusätzlich unterstützt werden und nicht wegen ihrer Kinder in Hartz IV rutschen. Außerdem wollen wir die Eigenanteile der Eltern für die Schülerbeförderung und das gemeinschaftliche Mittagessen in Schule oder Kita abschaffen. Nachhilfe sollen Kinder zukünftig schon dann bekommen, wenn sie einen Förderbedarf haben, und nicht erst, wenn die Versetzung gefährdet ist.

Grundrente für die Lebensleistung

Wer 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb ist der Vorschlag von Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil für eine Grundrente richtig.



Eine auskömmliche Rente ist eines der Kernversprechen des Sozialstaats.

Arbeit muss sich lohnen.

Deshalb wollen wir die Grundrente.

Je nach der Ausgestaltung geht es dabei um einen mittleren einstelligen Milliardenbetrag pro

Jahr. Aber es geht auch um 3-4 Millionen Menschen, Menschen, die Eltern sind, Großeltern, Nachbarn. Ein gutes Auskommen im Alter zu haben, ist Voraussetzung für einen würdigen Lebensabend. Dieser Respekt wirkt weit in die Gesellschaft hinein und stärkt den Zusammenhalt in Deutschland.

Aber schon wird seitens der Union gejammert, dass die Grundrente nicht mit Steuermitteln zu finanzieren sei. Gleichzeitig will sie den Solidaritätszuschlag für Millionäre abschaffen. Durch diese Abschaffung würden der Staatskasse 11,5 Milliarden Euro entgehen.

Die Grundrente für Geringverdiener kostet uns dagegen nur etwa 5 Milliarden Euro. Und wir setzen auch die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um, dass bei der Grundrente selbstgenutztes Wohneigentum geschützt sein soll.

Wer 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt und weniger als 896 Euro Rente hat, soll künftig einen Zuschlag erhalten. – bis zu 447 Euro im Monat.

Das heißt: Die Friseurin, die 40 Jahre lang für den Mindestlohn (West) gearbeitet hat, käme also auf 961 statt 512 Euro Rente. Bei einem alleinerziehenden Pflegehelfer in Teilzeit mit zwei Kindern ergäbe sich zum Beispiel ein Renten-Sprung von 860 auf 1000 Euro.

Drei bis vier Millionen jetzige und künftige Rentnerinnen und Rentner sollen von der Grundrente profitieren. Ein großer Teil davon sind Frauen. Wer hart arbeitet, verdient Respekt und Anerkennung.

Hessengipfel der SPD

„Wie sieht der **Sozialstaat der Zukunft** aus?“ war das Thema von Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, beim Hessengipfel der SPD Hessen im nordhessischen Friedewald.

„Menschen, die 35 Jahre in ihrem Leben gearbeitet haben, deren Lebensleistung hat mehr Respekt verdient - deshalb sollten sie eine Grund- bzw. Solidarrente erhalten, die deutlich über der Grundsicherung liegt“, so Heil.

„Die SPD war immer die Partei der Arbeit. Aus diesem Grund sind wir auch gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen. Deshalb sollte derjenige, der länger gearbeitet hat, auch länger Arbeitslosengeld beziehen können“, so Heil weiter.

Auf jeden Fall wurde eines klar: Das sind die Themen, mit denen die SPD wieder die Herzen der Menschen erreicht. Es sind sozialdemokratische Themen!





Diskussionsrunde beim **Hessengipfel**: „Wohin bewegt sich die EU nach der Europawahl?“ mit Martina Werner, MdEP, Dr. Udo Bullmann, Fraktionsvorsitzender der S&D-Fraktion und dem Europa-Staatsminister Michael Roth.

Die SPD Schwalm-Eder ist gut auf dem **Hessengipfel** vertreten. Von links: Heinrich Haupt, MdL Günter Rudolph, Landrat Winfried Becker, Jari Pellmann, Mario Jung, MdEP Martina Werner, EKB Jürgen Kaufmann, MdL Regine Müller, MdB Dr. Edgar Franke und Siegfried Richter.



Der Sozialstaat der Zukunft

Die SPD hat ein umfassendes Konzept für den Sozialstaat der Zukunft beschlossen. Wir werden Hartz IV hinter uns lassen und durch ein Bürgergeld ersetzen.

Die Debatte über die Zukunft des Sozialstaates hat die SPD mit dem **Konzept für den Sozialstaat 2025** eröffnet. Wir stellen die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen – getreu unserem Kompass „Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit“.



Kern ist eine grundlegende Reform der Grundsicherung:

- **Bürgergeld** statt Hartz IV - mit weniger Sanktionen und höheren Leistungen für ältere Arbeitslose,
- ein "Recht auf Arbeit" - mit einem Anspruch auf Weiterbildung, Homeoffice und mobiles Arbeiten,
- eine Kindergrundsicherung, die alle bisherigen Leistungen - Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag - einfach und unbürokratisch zusammenführt,
- ein Mindestlohn von 12 Euro.

Der Sozialstaat muss Partner der Menschen sein. Für uns steht Unterstützung im Mittelpunkt, nicht Misstrauen. Die bestehende Grundsicherung soll deshalb durch ein **Bürgergeld** ersetzt werden.

Anders als bei Hartz IV ist das Bürgergeld aus der Perspektive derer gedacht, die den Sozialstaat brauchen, und nicht derer, die ihn missbrauchen. Es gibt keine Überprüfung von Vermögen und Wohnungsgröße in den ersten zwei Jahren. Und es gibt einen Bonus für alle, die sich weiterbilden. Denn uns ist gezielte Förderung wichtiger als Sanktionen.

Rechte der Mieterinnen und Mieter gestärkt

Diese Woche wurde der dritte Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016 beraten.

In diesem Zusammenhang weisen die Abgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke noch einmal auf die 2018 erzielten Änderungen im Mietrecht hin:

- Erstmalig gibt es eine Begrenzung der Mieterhöhung nach Modernisierung auf 3€/qm in 6 Jahren in ganz Deutschland.
- In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt, wie zum Beispiel in Frankfurt am Main, wird die Modernisierungsumlage von 11% auf 8% gesenkt.
- Gezieltes Herausmodernisieren wird künftig mit einer Geldbuße bis zu 100.000€ belegt.
- Die Auskunftsrechte der Mieterinnen und Mieter werden gestärkt: Der Vermieter ist verpflichtet Auskünfte über die Vormiete zu erteilen.

Alle diese Maßnahmen, die überzogene Mietsteigerungen verhindern, fasst man unter dem Begriff Mietpreisbremse zusammen.

Es lohnt sich also zukünftig, einen genaueren Blick auf die Mieterhöhung zu werfen!



Mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter!

- ✓ Wir begrenzen die Modernisierungsumlage.
- ✓ Wir belegen Rausmodernisieren mit Bußgeld.
- ✓ Wir verschärfen die Mietpreisbremse.

Foto: Shutterstock.com/Solis Images

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION



**"EUROPA
IST DIE
ANTWORT"**

**mit
MARTINA WERNER,
MdEP**

Ob es um die Krümmung von Salatgurken, den Euro, Frieden, Reisefreiheit, oder den Brexit geht, Europa steht für vieles.

Am 26. Mai wählen rund 450 Mio. Europäer ihr neues Europaparlament.

In unserer Schwalm-Eder-Arena haben Sie die Möglichkeit hautnah mit unserer Europaabgeordneten Martina Werner Ihre Fragen zu Europa zu diskutieren!

**Freitag, 15. März 2019,
19:00 Uhr,
Bürgerhaus Gutenberg**

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 2 pixabay und Seite 4 und 5 Dr. Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.